

Schriften des Landtages Brandenburg Heft 4/2014

# Woche der Brüderlichkeit 2014 im Land Brandenburg

10. März 2014

L A N D T A G  
B R A N D E N B U R G



Der Chor der Jüdischen Gemeinde Stadt Potsdam e. V. gestaltete unter der Leitung von Elvira Sukkomlynova den musikalischen Rahmen der Veranstaltung.



# Inhalt

05

## **Grußwort**

**Gunter Fritsch**  
Präsident des Landtages  
Brandenburg

09

## **Grußwort**

**Michail Tkach**  
Vorsitzender der  
Jüdischen Gemeinde  
Stadt Potsdam e.V.

11

## **Grußwort**

**Dr. Hans-Jürgen  
Schulze-Eggert**  
Evangelischer  
Vorsitzender der  
Gesellschaft für  
Christlich-Jüdische  
Zusammenarbeit

15

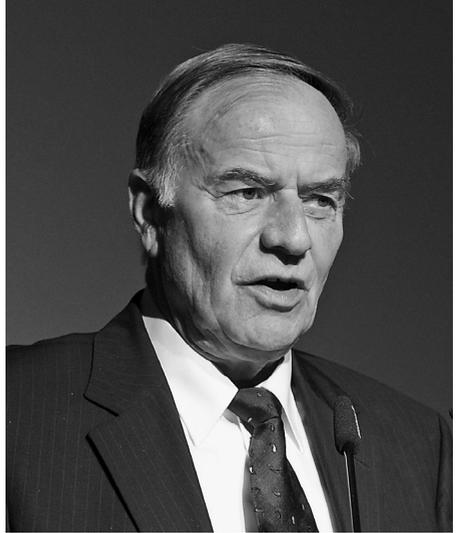
## **Festansprache**

**Prof. Dr. Micha  
Brumlik**  
Publizist und Senior  
Advisor am Zentrum  
Jüdische Studien  
Berlin-Brandenburg



# Gunter Fritsch

Präsident des Landtages Brandenburg



Gunter Fritsch

**S**ehr geehrte Frau Vizepräsidentin Gerrit Große, meine Damen und Herren Mitglieder des Landtages, lieber Präsident des Verfassungsgerichts, Jes Möller, lieber Ministerpräsident a. D. Manfred Stolpe, sehr geehrter Herr Staatssekretär Martin Gorholt, sehr geehrter Herr Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Peter Schüler, sehr geehrter Herr Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich begrüße Sie ganz herzlich zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit im Land Brandenburg.

Mein Dank gilt zunächst dem Chor der Jüdischen Gemeinde Stadt Potsdam und seiner Leiterin Frau Elvira Sukkomlynova für die musikalische Begleitung durch den heutigen Abend.

Ein herzliches Willkommen geht auch an die Vertreterinnen und Vertreter der Religionsgemeinschaften wie z. B. der Landesbeauftragte der evangelischen Kirche Herr Martin Vogel sowie der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Stadt Potsdam Herrn Michail Tkach.

Begrüßen möchte ich auch die anwesenden Vertreter der Justiz – besonders freue ich mich über die Anwesenheit des Präsidenten a. D. des Landesverfassungsgerichtes Herrn Rüdiger Postier –, ebenso die Mitglieder und Vertreter der kommunalen Körperschaften und die anwesenden Vertreter der Bundeswehr.

*„Der Wunsch der Menschen nach Meinungs- und Pressefreiheit, freien Wahlen und einer willkürfreien Justiz ist ungebrochen.“*

Danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. Micha Brumlik, seines Zeichens langjähriger Direktor des Fritz Bauer In-

stituts – Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, in Frankfurt am Main. Inzwischen ist er freischaffender Publizist und Seniorprofessor am Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg und wird die heutige Festansprache für uns halten.

Meine Damen und Herren, die diesjährige Woche der Brüderlichkeit steht unter dem Leitmotiv „Freiheit – Vielfalt – Europa“.

Wir begehen in diesem Jahr den 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution in unserem Land. Im Jahr 1989 war es das Streben nach Freiheit von vielen Menschen hier bei uns und in ganz Mittel-Ost-Europa, das unsere Gesellschaft und unseren Kontinent zum Besseren verändert hat. Derzeit erleben wir aber wieder eine Phase des Umbruchs in vielen Regionen unserer Welt.

Der Wunsch der Menschen nach Meinungs- und Pressefreiheit, freien Wahlen und einer willkürfreien Justiz ist ungebrochen. Wir sehen, dass Menschen bereit sind, hierzu große persönliche Risiken auf sich zu nehmen. Bei Weitem nicht immer verläuft gesellschaftlicher Wandel gewaltfrei.

Zu den vielen Gedenkanklässen im Jahr 2014 gehört auch, uns allen noch frisch im Gedächtnis, aber in historischer Perspektive nicht weniger bedeutend: Die Überwindung der Teilung unseres Kontinents durch die EU-Osterweiterung vor inzwischen zehn Jahren.

Unsere Region war immer dann besonders schöpferisch, wenn sie sich anderen Kulturen geöffnet hat. Besonders

deutlich wird dies auch hier am Alten Markt. Das mit dem jüngst eröffneten Landtagsneubau und dem Palais Barbarini gerade wiederentstehende historische Gesamtensemble wäre ohne den Zuzug französischer Hugenotten und holländischer Facharbeiter so nie Wirklichkeit geworden.

In gleicher Weise bereichern etwa seit Mitte der 90er Jahre Zuwanderer jüdischen Glaubens aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion unsere Gesellschaft mit ihren religiösen und kulturellen Traditionen.

Zu einer Gesellschaft, die Vielfalt lebt, gehört zwingend, dass alle Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Religion und Tradition öffentlich und angstfrei leben können.

Die Woche der Brüderlichkeit ist eine gute Gelegenheit, sich gemeinsamen des Reichtums jüdisch-christlicher Tradition, der fortwirkenden Folgen des Zivilisationsbruchs der Shoa, aber auch der anregenden Vielfalt des heutigen Verhältnisses von Jüdinnen und Juden, Christinnen und Christen zu vergewissern.

Meine Damen und Herren, der bundesweite Auftakt zur Woche der Brüderlichkeit fand bereits am gestrigen Tag in Kiel statt.

In jedem Jahr wird zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit durch den Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit die Buber-Rosenzweig-Medaille für Verdienste um den christlich-jüdischen Dialog verliehen. In diesem Jahr ging die Auszeichnung an den ungarischen Schriftsteller György Konrád.

Ich hatte vor wenigen Wochen aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar in der Gedenkstätte Sachsenhausen die Gelegenheit, diesen eindrucksvollen Menschen persönlich kennenzulernen. György Konrád wurde als Ungar jüdischen Glaubens in einer kleinen Stadt im Osten Ungarns geboren. Von rund 200 Kindern seiner Heimatstadt überlebten zwei den Holocaust. Er war durch einen zeitlichen Zufall einer der beiden.

Ausgezeichnet wurde Konrád für sein entschlossenes Engagement für eine freie Gesellschaft und wider den Ungeist von Rassismus und Antisemi-

tismus insbesondere in seinem Heimatland Ungarn. Konráds Werben für ein Europa, das für Freiheit und Frieden, Vielfalt und Toleranz steht, ist das Zentrum seiner Romane und Erzählungen wie auch seiner Essays und öffentlichen Reden.

Meine Damen und Herren, die vollständige Ansprache von György Konrád in Sachsenhausen erscheint in diesen Tagen in der Schriftenreihe des Landtages. Es lohnt sich, sie nachzulesen.

Damit gebe ich nun das Wort an den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Stadt Potsdam, Herrn Michail Tkach.



# Michail Tkach

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde  
Stadt Potsdam e. V.



Michail Tkach

**S**ehr geehrter Präsident des Landtages Brandenburg Herr Gunter Fritsch, sehr geehrter a. D. Ministerpräsident des Landes Brandenburg Herr Manfred Stolpe, sehr geehrter Staatssekretär Herr Gorholt, sehr geehrter Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Herr Schüler, sehr geehrter evangelischer Vorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Herr Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert, sehr geehrter Prof. Dr. Micha Brumlik, sehr geehrte Mitglieder der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, sehr geehrte Gäste, Schwestern und Brüder!

Der Begriff „Brüderlichkeit“ bedeutet für jeden von uns eine Lebensnorm der Gesellschaft und darf nicht durch eine Zeit begrenzt werden. Entweder muss diese Lebensnorm im Alltag ständig präsent sein oder gar nicht. Im Nachkriegs-Deutschland ist Brüderlichkeit nicht nur zur Hauptaufgabe öffentlicher Organisationen geworden, sondern auch zur Staatsideologie, die höher geschätzt wurde, als die Formierung der Bürgerverantwortung und Erinnerung an

die Vergangenheit. Und wir danken dafür. Es ist für uns eine Garantie der politischen Stabilität und Gleichberechtigung des Menschen und des Bürgers.

*„Der Begriff „Brüderlichkeit“ bedeutet für jeden von uns eine Lebensnorm der Gesellschaft und darf nicht durch eine Zeit begrenzt werden.“*

In meinem früheren Leben, für mich persönlich war das Wort „Brüderlichkeit“ mit etwas härteren Begriffen verbunden: Waffenbrüderlichkeit (beispielsweise der Warschauer Vertrag), Brüderlichkeit der Völker der Sowjetuni-

on. Heute kommen die Ereignisse in der Ukraine, die Intervention des Brudervolkes Russlands hinzu. Ist das auch Brüderlichkeit?

Ich verstehe, dass die beiden Brudervölker mit gleichen historischen Wurzeln – Ukraine und Russland – buchstäblich nichts zu teilen haben. Jedes davon wählte seinen eigenen Weg der Entwicklung. Aber politische Aspekte der Regierungschefs stellen ihre Ziele und Ambitionen an die oberste Position, dabei vergessen sie aber den Geschichtsunterricht. Und das ist nicht das einzige tragische Beispiel. Dieses Los erfasste auch auf eine Art und Weise Potsdam, unsere Gesellschaft. Der Begriff „Brüderlichkeit“ ist vergessen und es gibt wohl auch Gründe, die wichtigsten Gebote zu Gunsten eigener Ambitionen zu vergessen. Es ist schade, dass der seit mehreren Jahren und mit

großen Bemühungen unternommene Versuch, eine Synagoge zu bauen, gestoppt wurde. Das Land Brandenburg bleibt das einzige Bundesland, in dem keine einzige Synagoge wieder aufgebaut wurde. Die festgelegte Ordnung wurde durchgestrichen, dafür neue Voraussetzungen für das Heranziehen der neuen Bewerber zum persönlichen Verständnis des Prozesses geschaffen.

Heute versammeln wir uns hier nicht, um dieses Problem zu diskutieren. Gott sei Ihr Richter. Wir bestätigen unsere Zugehörigkeit zum Begriff Brüderlichkeit, als Lebensnorm und werden ihr weiterhin, nicht nur in der Zeit der Woche der Brüderlichkeit treu bleiben.

Wir danken der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit für die stetige brüderliche Unterstützung.

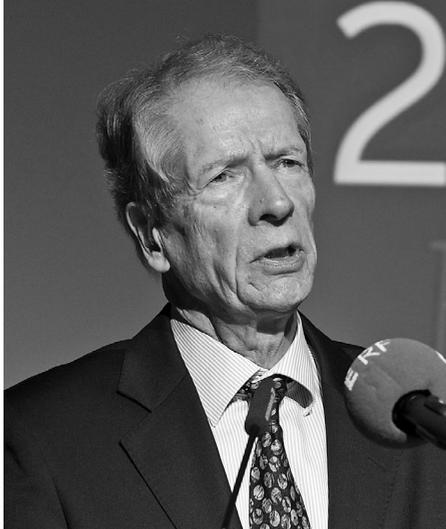
Schalom.

# Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert

Evangelischer Vorsitzender der  
Gesellschaft für Christlich-Jüdische  
Zusammenarbeit

**S**ehr geehrte Abgeordnete, Stadtverordnete und Präsidenten, liebe Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Namen der Potsdamer Gesellschaft begrüße ich Sie sehr herzlich zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit und freue mich über Ihr Interesse an dieser Veranstaltung. Besonders begrüße ich den Landtagspräsidenten Gunter Fritsch und danke ihm dafür, dass er diese Veranstaltung erneut so selbstverständlich und großzügig unterstützt hat. Ferner begrüße ich den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Stadt Potsdam, Herrn Michael Tkach, sowie den Chor der Jüdischen Gemeinde, den wir gerade schon gehört haben, unter der Leitung von Frau Elvira Sukkomlyova. Ich freue mich besonders auch über die Anwesenheit von MP a. D. Manfred Stolpe und von dem früheren Landtagspräsidenten Herbert Knoblich – schön, dass Sie heute wieder dabei sein können! – und begrüße besonders die Vizepräsidentin des Landtages, Frau Gerrit Große, den Präsidenten des Landesverfassungsgerichts, Jes Möller, den



Dr. Hans-Jürgen Schulze-Eggert

Staatssekretär, Martin Gorholt, von der Landesregierung, den Präsidenten der Stadtverordnetenversammlung, Peter Schüler, und nicht zuletzt Prof. Micha Brumlik, dem ich sehr herzlich dafür danke, dass er die Festrede für die heutige Eröffnung übernommen hat. Seien Sie alle, nicht nur die namentlich genannten, herzlich willkommen!

Was hat das Jahreswort „Freiheit – Vielfalt – Europa“ mit der Woche der Brüderlichkeit zu tun? Der Gedankengang von der Freiheit über die Vielfalt nach Europa vermittelt Zuversicht, dass dieser Weg richtig und erfolgreich ist. Bisher war das auch so. Bei allem Elend in der Welt ist dieser Weg, ist die Europäische Union ein großer Lichtblick, ein Anlass zu großer Freude in der Nachkriegsgeschichte. Bis dahin gab es sicher auch viel geschwisterliche Solidarität, ohne die die Europäische Union nicht zustande gekommen wäre. Nun aber, in der Finanzkrise, wurde deutlich, dass die Brüderlichkeit wohl ein wenig auf der Strecke geblieben ist. Ohne

Brüderlichkeit, d. h. ohne Solidarität der wirtschaftlich starken Länder mit den weniger starken Mitgliedern in der Union wird es nicht gutgehen. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit allein wird Europa nicht zusammenwachsen lassen. Das ist meine Sorge.

*„Ohne Freiheit – Vielfalt – Europa wäre die Mauer nicht gefallen und wären auch keine jüdischen Zuwanderer gekommen.“*

Ich will das nicht vertiefen, sondern hervorheben, dass ohne Freiheit, Vielfalt und Europa die Mauer nicht gefallen wäre und auch keine jüdischen Zuwanderer gekommen wären. Drei orthodoxe jüdische Gemeinden bereichern seitdem das Leben in unserer Stadt. Stadt und Land und wir Bürger waren und sind gefordert, Brüderlichkeit zu praktizieren und die neuen Gemeinden zu unterstützen. Das geschah auch und geschieht immer noch, in bescheidenem Rahmen zwar, aber immerhin so, dass sich neun Gemeinden in Brandenburg gebildet haben mit einer jüdisch geprägten Gemeinschaft von etwa 3.500 Personen. Die Gemeinden sind jedoch alle so klein und so überaltert, dass man nach statistischen Hochrechnungen um ihren Bestand fürchten muss. Die Statis-

tik wird hoffentlich nicht Recht behalten. Aber dazu muss das Gemeindeleben gestärkt werden mit einer finanziellen Ausstattung, die es erlaubt, einen Rabbiner zu haben, eine kleine Synagoge und vor allem ein Gemeindezentrum als Mittelpunkt für ein lebendiges Miteinander. 2015 wird über die finanzielle Ausstattung des Staatsvertrages und damit über die Zuschüsse neu entschieden. Ich kann die Landesregierung nur bitten, den jüdischen Gemeinden in Brandenburg, nicht nur in Potsdam, eine gute Zukunft zu ermöglichen.

In Potsdam ist der von der Stadt und vom Land großzügig unterstützte Bau einer Synagoge mit Gemeindezentrum im Streit der jüdischen Gemeinden steckengeblieben. Drei Gemeinden, alle orthodox, können sich nicht auf die gemeinsame Nutzung einer Synagoge einigen. Das ist wenig brüderlich und schwer zu verstehen. Ich kann nur an alle beteiligten „Leitwölfe“ appellieren, persönliche Ambitionen zurückzustellen, damit für die Gemeinschaft aller Potsdamer Juden das Gemeindezentrum und die Synagoge gebaut werden kann. Der Konflikt ist sehr bedauerlich. Gut und unverzichtbar ist allerdings, dass alle die Freiheit haben – und da sind wir wieder beim Thema Freiheit – ihre Meinung zu vertreten, auch wenn daraus Streit entsteht. Ich danke Herrn Staatssekretär Gorholt ausdrücklich für seine Geduld und seine anhaltenden Bemühungen, diesen Streit um die Synagoge zu schlichten. Ich wünsche ihm viel Erfolg, denn am Ende muss es diese Synagoge geben, die ganz wesentlich auch Gemeindezentrum sein wird,

d. h. der Mittelpunkt jüdischen Lebens in Potsdam.

Erlauben Sie mir noch einen Hinweis auf eine Veranstaltung noch in dieser Woche: Am kommenden Donnerstag, am 13. März, um 15:00 Uhr, wird Rabbiner Reuven Konnik in der Jüdischen Gemeinde seine Aufgaben und seine Arbeit vorstellen und für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen. Sie haben Gelegenheit, Rabbiner Konnik kennenzulernen und einen Einblick in das Leben der Jüdischen Gemeinde zu gewinnen. Eine weitere Veranstaltung ist

soweit vorbereitet, dass die Einladungen rausgehen können: Am Mittwoch, dem 9. April um 19:30 Uhr zeigen wir einen Dokumentarfilm über das Ghetto in Riga im Friedenssaal an der Schopenhauerstraße in Potsdam. Das ist ein wichtiger Film gegen das Vergessen. Der Autor und Produzent, Jürgen Hobrecht, wird in den Film einführen und für die Diskussion verfügbar sein. Die Einladungen finden Sie schriftlich draußen auf dem Tisch mit den Informationen.

Vielen Dank!



# Prof. Dr. Micha Brumlik

Publizist und Senior Advisor am  
Zentrum Jüdische Studien Berlin/  
Brandenburg

**M**eine sehr geehrten Damen  
und Herren,

die diesjährige Woche der Brüderlichkeit steht unter dem Motto „Freiheit – Vielfalt – Europa“.

## I. Die Juden und Europa

Die Juden und Europa? 1939, wenige Tage nach Hitlers Überfall auf Polen schloss der Philosoph Max Horkheimer in New York einen Aufsatz unter dem Titel „Die Juden in Europa“ ab, der von tiefstem Pessimismus getränkt war:

„Die Hoffnung der Juden, die sich an den zweiten Weltkrieg heftet, ist armselig. Wie er auch enden mag, die lückenlose Militarisierung führt die Welt weiter in autoritär-kollektivistische Lebensformen.“

In den späten 1960er Jahren dann notierte der innerlich zerrissen nach Deutschland zurückgekehrte Horkheimer:

„Wir jüdischen Intellektuellen, die dem Martertod unter Hitler entronnen sind, haben nur eine einzige Aufgabe, daran mitzuwirken, dass das Entsetzliche nicht wiederkehrt und nicht vergessen wird.“



Prof. Dr. Micha Brumlik

Wird das auch künftig die Aufgabe des Judentums sein, Europa als lebendes Mahnmal zu dienen? Und das angesichts der Tatsache, dass die Lage von Juden in Europa gegenwärtig überaus kritisch ist. Nicht nur beunruhigen nach

*„Wird das auch künftig die Aufgabe des Judentums sein, Europa als lebendes Mahnmal zu dienen?“*

wie vor Nachrichten aus der Ukraine, wonach sich unter den Aufständischen auf dem Maidan von Kiew Antisemiten befinden, sondern auch Statistiken aus Frankreich, nach denen mehr und mehr Juden ob des tötlich gezeigten Judentums islamistischer Jugendlicher Frankreich verlassen und nach Israel

emigrieren. Gleichwohl ist das Bild zwiespältig: So übersteigt schon heute, im März 2014, die Zahl in Berlin lebender jüdischer Israelis die Anzahl der registrierten Mitglieder der jüdischen Gemeinde um ein Vielfaches. Zudem ist anzunehmen, dass die kürzlich zwischen Israel und der Bundesrepublik geschlossene Visa- und Arbeitserlaubnisregelung zu einem weiteren Zustrom von Israelis nach Deutschland führen wird. Andererseits sind sich Demografen angesichts einer weiterhin wachsenden Anzahl interkonfessioneller Ehen von Juden und Nichtjuden sowie einer deutlichen Überalterung der Juden – mit Ausnahme von Israel – unschlüssig, ob ein europäisches Judentum überhaupt eine Zukunft hat. Freilich sind demografische Berechnungen Glückssache – sie haben nur dann Bestand, wenn alles so weitergeht, wie es bisher weitergegangen ist.

Womöglich ist es in dieser Situation zunächst sinnvoll, sich der Vergangenheit zu versichern – einer Vergangenheit, die weiter zurückreicht als die Shoah, weiter auch als die gar nicht so glanzvollen Zeiten der „deutsch-jüdischen Symbiose“ im späten 18. und 19. Jahrhundert. Immerhin lebten Juden lange vor der Zerstörung Jerusalems durch die Römer auf europäischem Boden: Zumal im jüdisch-christlichen Gespräch steht dafür der Brief des Apostel und Rabbi Paulus an die Römer, also an eine Gemeinde jesugläubiger Juden und Nichtjuden, denen der Apostel eindringlich rät, sich der ungekündigten Erwählung Israels bewusst zu bleiben. Vermutlich – hier streiten die Exegeten – wurde dieser Brief etwa im Jahr 50 verfasst; jüdi-

ches Leben in Rom ist zudem seitens der Archäologie und der Geschichtswissenschaft schon aus vorchristlicher Zeit bezeugt. Aber auch im Norden des römischen Reiches, in Köln, ist eine jüdische Ansiedlung durch Steuerlisten aus dem frühen 4. Jahrhundert bezeugt; in Griechenland – etwa auf der Insel Delos – ist jüdische Existenz sogar seit dem 1. Jahrhundert vor der Zeitrechnung belegt. Und so sehr es zutrifft, dass seit der Wende vom 1. zum 2. Jahrtausend europäische Fürsten und Bürger die in Europa gelegenen Länder Juden immer wieder drangsaliert, vertrieben und umgebracht haben, so falsch wäre es gleichwohl, Europa grundsätzlich als einen schon immer und ausschließlich jüdenfeindlichen geografisch-kulturellen Raum anzusehen.

Das wäre noch nicht einmal dann richtig, wenn man „Europa“ als „christliches Europa“ ansieht und die Jahrhunderte währende friedliche Koexistenz von Juden, Muslimen und Christen im Emirat Granada sowie in den Königreichen Kastilien und Aragon ob ihrer muslimischen Hegemonie nicht zu Europa zu zählt. Schließlich: bei allen diskriminierenden Handlungen christlicher Herrscher und der Kirche lebten jüdische Gemeinden in den europäischen Ländern im 1. Jahrtausend der Zeitrechnung mehr oder minder unbehelligt, jedenfalls nicht ghettoisiert.

## **II. Prophetisches und rabbinisches Erbe**

Was der Beitrag jüdischer Gemeinschaften zu dem in Krisen und Widersprü-

chen entstehenden europäischen Haus, zu der hochkomplexen europäischen Gemeinschaft sein kann und sein wird, ist heute noch nicht abzusehen. Zu wünschen wäre jedenfalls, dass die auf dem europäischen Kontinent lebenden Juden in dieser entstehenden politischen Gemeinschaft ihre Heimat, ihr Vater- und Mutterland erkennen, eine Heimat für deren Verfassung und Vielfalt sich einzusetzen lohnt. Wie lässt sich das begründen?

*„Universelles Recht, das Recht auf Rechte für alle Menschen – das ist es, wofür Jüdinnen und Juden beim Bau des europäischen Hauses eintreten können.“*

Das Judentum steht als Religion und Philosophie mit den Propheten der Hebräischen Bibel und den noachidischen Gesetzen der Rabbinen für die Verwirklichung universellen Rechts und universeller Menschenwürde auf der ganzen Erde, der ganzen globalisierten Welt ein. Ein „sacro egoismo“ ist dem Judentum, wie schon Martin Buber sagte, fremd. Universelles Recht, das Recht auf Rechte für alle Menschen – das ist es, wofür Jüdinnen und Juden beim Bau des europäischen Hauses eintreten kön-

nen. Was heißt das konkret, für das europäische Haus?

Im öffentlichen Gespräch hat man sich darin gewöhnt, von der jüdisch-christlichen Kultur Europas zu sprechen, ohne jemals genauer zu sagen, was das eigentlich heißen soll. Gemeint ist vermutlich, dass Europa in seinen Werten, Überzeugungen und Künsten wesentlich christlich geprägt ist, man aber inzwischen verstanden hat, dass sich vom Christentum sinnvoll nicht sprechen lässt, ohne auf dessen jüdische Wurzeln hinzuweisen. In diesen Wurzeln aber ist das angelegt, was wir heute als Menschenrechtskultur bezeichnen. Aber nicht nur die biblischen Wurzeln, auch die grauenhaften Erfahrungen des 20. Jahrhunderts legen das nahe.

Es war nicht zuletzt die Erfahrung der Shoah, der industriellen, aber auch handwerklichen Massenvernichtung der europäischen Juden durch breite Teile der deutschen Bevölkerung unter nationalsozialistischer Führung, das dem Begriff der „Würde“ des Menschen eine Prägnanz verliehen hat, die er vorher so nicht hatte. Geht man freilich den Wurzeln dieses so erstmals im Zeitalter der Aufklärung artikulierten Begriff menschlicher Würde nach, stößt man auf die sogenannte „christlich-jüdische“ Tradition, worunter in diesem Zusammenhang die alttestamentliche Gottesebenbildlichkeit, aber vor allem die neutestamentlichen Überlieferungen der Präsenz Gottes in Jesus von Nazareth verstanden werden.

Es war der erstmals beim Propheten Amos im 8. Jahrhundert vor der Zeitrechnung entwickelte Gedanke, dass

der eine Gott als letzte Rechtsquelle mit ihrem Wesen nach verschiedenen politischen Gemeinschaften in je eigener, aber gleichwohl universaler Verbindlichkeit Bünde schließt, der es erlaubt, die Grenzen der Binnensolidarität zu überwinden. Dieses Recht, das von einer integralen Einheit der Menschen mit ihren staatlichen Gemeinschaften ausging, kannte eine rechtsgeschützte Individualität im engeren Sinne nicht. Der Gedanke des Schutzes eines Individuums ohne den gleichzeitigen Schutz der Integrität jener Gemeinschaft, in der es lebt, war den Propheten nicht fassbar.

Im ersten Kapitel des Amosbuches wird in 1,3-5 das Land Aram dafür gescholten, Gilead mit eisernem Schlitten gedroschen zu haben. In 1,6-8 sollen die Philister bestraft werden, weil sie ganze Ortschaften gefangengenommen haben, um sie an Edom auszuliefern, während in 1,9 die Phönizier bestraft werden sollen, weil sie Verträge nicht eingehalten haben. Edom selbst wiederum soll in 1,11-12 dafür bestraft werden, weil es „seinen Bruder mit dem Schwert verfolgte, sein Erbarmen erstickte, seinen Groll nährte, und seinen Grimm bewahrte für ewige Zeiten“. Ammon wird in 1,13-14 bestraft, weil es den schwangeren Frauen von Gilead den Bauch aufgeschlitzt hat, um eigenes Gebiet zu erweitern, während Moab angeklagt wird, die Gebeine des Königs von Edom verbrannt zu haben. Schließlich wird in 2,4 das Königreich Juda angeklagt, Gottes Satzungen verworfen zu haben und Götzen nachgelaufen zu sein, während Israel, in dem Amos selbst wirkt, angeklagt wird, für Geld Unschuldige verkauft zu

haben, die Armen bedrängt und Kultprostitution betrieben zu haben.

Man beachte, dass Amos hier einen Verhaltenskodex formuliert, der auch dann als verbindlich gilt, wenn die Adressaten nicht Teil der Bundesgeschichte Israels sind, weshalb weiter zu fragen ist, welches die Legitimationsquellen dieser Ansprüche an alle Völker, alle Menschen sind. Indem die Propheten den Gedanken eines Völkerindividuen einander verpflichtenden Rechts postulierten, eines Rechts, das kraft der Betonung der Integrität des Gemeinwesens auch die Integrität der einzelnen, in ihm lebenden Menschen garantierte, haben sie eine Idee vorgedacht, die erst dann wieder zum Ausdruck kommen konnte, als die Engführungen des Jus Europaeum Christianum durch die Staatsdenker der Aufklärung überwunden wurden.

Gewiss: Die im 8. Jahrhundert vor der christlichen Zeitrechnung bei den Schriftpropheten artikulierten Grundsätze eines gerechten Zusammenlebens von Völkern und ihren Herrschern in Krieg und Frieden weisen weder die Präzision noch die Positivität der modernen Menschenrechte auf, auch lassen sie jede explizite Erwähnung eines Gedankens wie den der menschlichen Würde vermissen. Freilich deuten sich schon hier Vorstellungen von der grundsätzlichen Heiligkeit und das heißt Unantastbarkeit eines jeden menschlichen Lebens an. Das könnte aktueller nicht sein. In wenigen Wochen feiern Christen das Oster- und Juden das Passahfest, das an den Auszug der Kinder Israel aus Ägypten erinnert. In diesem Zusammenhang heißt es in 2. Mose 23:9 „Einen

Fremden sollst Du nicht quälen. Denn ihr wisst, wie dem Fremden zumute ist, seid ihr doch selbst Fremde gewesen im Lande Ägypten“. Das gilt, folgen wir wiederum dem Propheten Amos für alle Völker – keineswegs nur für das Volk Israel, denn: „Habe ich nicht“ so lässt Amos Gott in 9,7 sagen „Israel herausgeführt aus dem Lande Ägypten und die Philister aus Aram und Kir?“

### III. Flüchtlinge und ihre Würde

Ausweislich der biblischen Quellen jedenfalls war Israel in Ägypten, bevor es vom pharaonischen Staat versklavt wurde, nichts anderes als eine Gruppe derer, die wir heute als „Hungerflüchtlinge“ bezeichnen. „Die Hungersnot“ so lesen wir in Genesis 43,1 folgende „aber lastete schwer auf dem Land. Als sie das Getreide, das sie aus Ägypten gebracht hatten, ganz aufgezehrt hatten, sagte ihr Vater zu ihnen, Zieht wieder hin und kauft uns etwas Getreide...“

Jenseits aller historisch entstandenen Religionen hat man es bei diesen Bibelstellen mit dem Beleg dafür zu tun, dass das, was heute als „Flüchtlingsproblem“ bezeichnet wird, bereits die Hochkulturen der Eisenzeit beschäftigte, also Gesellschaften im Übergang zur Staatsbildung. Seit bald 3000 Jahren sind politisch organisierte Territorien mit dem Problem konfrontiert, wie sie sich zu Personen verhalten sollen, die aus Not und ohne Eroberungsabsicht ihren Grenzraum überschreiten. Die biblisch begründeten Religionen fordern, ihnen als Menschen mit der ihnen zukommenden Würde zu begegnen.

*„Es war daher das rabbinische Judentum der späten Antike, das erstmals den Gedanken einer aus der Gottesebenbildlichkeit stammenden Heiligkeit eines jeden menschlichen Lebens postulierte.“*

Es war daher das rabbinische Judentum der späten Antike, das erstmals den Gedanken einer aus der Gottesebenbildlichkeit stammenden Heiligkeit eines jeden menschlichen Lebens postulierte. Die Begründung für solche Überlegungen fanden die Rabbanim des zweiten und dritten Jahrhunderts in der biblischen Gottesebenbildlichkeit. So erklärte Rabbi Akiba im frühen 2. Jahrhundert, dass der Respekt des Menschen vor dem Menschen in dem Ausmaß wuchs, indem er erkannte, dass er und seinesgleichen von Gott geschaffen wurden. Das damit implizierte Prinzip einer universalistisch gefassten Gleichheit aller Menschen findet sich in narrativer Form schon im 2. Jahrhundert:

„Also ward der Mensch als einzelnes Individuum geschaffen, und um des Friedens unter den Menschen willen, sollte niemand zu seinem Genossen

sagen: Mein Vater war größer als deiner und zugleich die Größe Gottes, gesegnet sei er, aufrufen, denn: Wenn ein Mann viele Münzen mit einem Prägestock prägt, so sind doch alle Münzen gleich – aber der König der Könige prägte jeden Menschen mit dem Prägestock des ersten Menschen und dennoch ist keiner mit seinem Genossen identisch. Und daher ist es die Pflicht eines jeden Menschen, zu beten: Um meinetwillen wurde die Welt erschaffen.“ (Mischna Sanhedrin IV,5.)

Das damit vergleichsweise früh, wenn auch nur narrativ gefasste Prinzip der Heiligkeit der Individualität und damit eines jeden Individuums hat sich in einer Reihe moralischer Imperative niedergeschlagen. Wiederum war es zu Beginn des 2. Jahrhunderts Rabbi Akiba, der die wesentlichen Stichworte lieferte: „Der Mensch ist geliebt, denn er war in Gottes Antlitz geschaffen“ sowie, darauf folgend: „Jeder, der menschliches Blut vergießt, zerstört das Ebenbild Gottes“. In weiteren Debatten, wie sie vor allem im Traktat Sanhedrin des Talmud dokumentiert sind, wird deutlich, dass die Rabbanim die universalistischen, prophetischen Bücher ausgezeichnet kannten, wenn sie sich etwa auf Jesaja 43 beziehen, wonach Gott alles, auch den einzelnen Menschen, zu seinem Ruhm geschaffen hat. Damit gehört der von Gott geschaffene Mensch nicht nur der Schöpfung an, sondern wird geradezu aus ihr herausgehoben, wie Rabbi Nehemia erklärte: „Ein Mensch gleicht in seinem Wert dem ganzen Werk der Schöpfung“ – eine weitere Formulierung, welche die Abwägung von menschl-

chem Leben, sofern es auf der Welt ist, im Grundsatz verbietet.

Die Weisen Israels setzten demnach auf ein strikt individualisiertes, moralisches Handeln, das dem einzelnen, menschliches Leben rettenden Individuum zugleich das Verdienst anrechnet, die Schöpfung im Ganzen gerettet zu haben, so jedenfalls die Mischna:

„Jedem, der einen einzelnen Menschen rettet, wird es so angerechnet, als ob er die ganze Schöpfung gerettet habe.“

Die Rabbanim hatten die grundsätzliche, absolute Schutzwürdigkeit des Menschen schon in einer Zeit artikuliert, als das den Vätern der Kirche in dieser Explizitheit noch nicht gelungen ist: dem Umstand zum Trotz, dass ihrem Glauben nach der göttliche Logos zum leidenden Menschen geworden war. Der Kirchenvater Ambrosius von Mailand verfasste seine Schrift unter dem Titel „De dignitate conditionis humanae“ erst im 4. Jahrhundert. Gleichwohl ist nicht zu übersehen – und das wird an der zuletzt wiedergegebenen Parabel Hillels unübersehbar deutlich –, dass die Würde des Menschen als Ebenbild Gottes ganz und gar von der Würde Gottes abgeleitet ist.

Man beachte bei alledem, dass in den oben wiedergegeben Passagen aus den rabbinischen Schriften stets strikt universalistisch vom „Menschen“ und nicht etwa von „Israel“ die Rede ist.

Man mag zu Recht der Auffassung sein, dass die Würde des Menschen ohne die Würde des biblischen Gottes nicht zu denken ist, muss aber gleichwohl zur Kenntnis nehmen, dass es erst die neuzeitliche Philosophie, beginnend mit Pico della Mirandola in der Renais-

sance bis hin zu Kant und Fichte gewesen ist, die rückhaltlos den Begriff der Würde dem Menschen zugesprochen haben. Zugleich hat man sich dann in der globalisierten Welt zu fragen, ob andere, nicht auf dem biblischen Monotheismus und nicht auf der Philosophie der Aufklärung beruhende Kulturen überhaupt die Möglichkeit haben, aus ihren ganz eigenen Traditionen heraus einen Zugang zur Idee der Würde des Menschen zu finden.

#### **IV. Das jüdisch-christliche Europa und sein Meer**

Was kann und soll es also heißen, dass „Europa“, das zu bauende Haus Europa auf den Fundamenten von Judentum und Christentum stehen soll? Ein jüdisch-christliches Europa wird es jedenfalls solange nicht geben, als das europäische Meer „mare nostrum, mater nostra“, also jenes Meer, das der jüdische Rabbi Paulus in seinem Willen, seinen Messias Jesus zu verkünden, durchpflügte, zu einer tödlichen Wasserfalle, einem Massengrab geworden ist, in dem beinahe täglich Flüchtlinge aus Afrika – Hungerflüchtlinge wie biblischen Kinder Israel – ob der brutalen Rigidität des europäischen Grenzregimes Frontex, das auch die Bundesrepublik Deutschland mitträgt – ihr Leben lassen. Darauf hat kein Geringerer als Papst Franziskus in einer seiner ersten Amtshandlungen, seiner Reise nach Lampedusa hingewiesen. In seiner Predigt im Juli 2013 in Lampedusa bezog Franziskus sich unter anderem auf die Geschichte des herodianischen Kinder-

*„Ein jüdisch-christliches Europa wird es jedenfalls solange nicht geben, als das europäische Meer (...) zu einer tödlichen Wasserfalle (...) geworden ist, in dem beinahe täglich Flüchtlinge aus Afrika (...) ihr Leben lassen.“*

mords im Evangelium des Matthäus (Matthäus 2, 16-18), die wiederum den Propheten Jeremias zitiert:

„Herodes ... befahl in und um Bethlehem alle Kinder bis zwei Jahre zu töten. Diese Zeitspanne hatte er von den Sterndeutern. So traf ein, was der Prophet Jeremia vorausgesagt hatte: In Rama hört man Klagen und Weinen. Rahel weint um ihre Kinder und lässt sich nicht trösten. Alle wurden ihr weggenommen. (Jeremia 31,15)

Um fortzufahren:

„Adam, wo bist du?“, „Wo ist dein Bruder?“, das sind die beiden Fragen, die Gott zu Beginn der Geschichte der Menschheit stellt und die auch an alle Menschen heute gerichtet sind, auch an uns. Aber ich möchte, so Franziskus, „dass eine dritte Frage gestellt wird:

„Wer hat über das alles und über Dinge wie diese geweint?“, über den Tod von unseren Brüdern und Schwestern? Wer hat über die Menschen geweint, die in den Booten waren? Über die jungen Mütter, die ihre Kinder trugen? Über die Männer, die etwas zum Unterhalt ihrer Familien suchten? Wir leben in einer Gesellschaft, die die Erfahrung des Weins vergessen hat, des ‚Mit-Leidens‘: Die Globalisierung der Gleichgültigkeit!“

Die inspirierten Autoren und Autorinnen der biblischen Bücher konnten noch nicht über den Begriff einer globalisierten Welt verfügen, wie wir ihn heute haben und den ernstzunehmen auch

uns nicht immer leicht fällt. Gleichwohl hatten sie einen Vorbegriff dessen, was eine Welt, was eine Welt ist:

„Dem Herrn“, so heißt es in Psalm 24, „gehört die Erde und was sie erfüllt, der Erdkreis und die ihn bewohnen, denn er ist es, der sie auf Meeren gegründet, über Strömen fest errichtet hat.“

In jener Bibel, die die um das Mittelmeer lebenden jüdischen Gemeinden vor Beginn der Zeitrechnung kannten, der griechischen Septuaginta, jedenfalls wird das hebräische Ausdruck für „Erdkreis und seine Bewohner“, (Haaretz u Mloha) mit „Oikumene“ übersetzt.

Herausgeber: Landtag Brandenburg,  
Referat Öffentlichkeitsarbeit

Fotos: Landtag Brandenburg/Stefan Gloede

Satz und Druck: Druckerei Arnold, Großbeeren

Diese Publikation wird vom Landtag Brandenburg im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe ist kostenfrei. Der Weiterverkauf ist nicht gestattet. Eine Verwendung zum Zwecke der Wahlwerbung ist unzulässig.



**Landtag Brandenburg**  
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Telefon 0331 966-0  
Fax 0331 966-1210  
post@landtag.brandenburg.de  
www.landtag.brandenburg.de